

Auszug zum Thema Bildung aus der u.a. Koalitionsvereinbarung...

Die gesamte Vereinbarung ist als Download u.a. hier zu haben:

[http://www.gruene-bremen.de/cms/files/dokbin/187/187377.koalitionsvertrag\\_20072011.pdf](http://www.gruene-bremen.de/cms/files/dokbin/187/187377.koalitionsvertrag_20072011.pdf)

**17.06.07.**  
**Vereinbarung**  
**zur Zusammenarbeit in einer**  
**Regierungskoalition**  
**für die 17. Wahlperiode der**  
**Bremischen Bürgerschaft**  
**2007 – 2011**  
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
Landesorganisation Bremen  
**Bündnis 90/ DIE GRÜNEN**  
Landesverband Bremen

## **Bildung**

*(Vereinbarung: Seite 70)*

Eine gute Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für die individuelle Entwicklung unserer Kinder wie auch für die Zukunftsperspektive unseres Landes. Die weitere deutliche Verbesserung der Qualität von Bildung und Betreuung wird daher trotz der angespannten Haushaltssituation des Landes Bremen eine herausgehobene Priorität erhalten.

Alle unsere Anstrengungen sind darauf gerichtet, die immer noch vorhandene Koppelung zwischen der sozialen Herkunft der Kinder und ihren Bildungsabschlüssen abzubauen.

Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung stellen die Grundlage für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft dar. Hier müssen alle Bildungseinrichtungen ihren Beitrag leisten. Daher werden wir die frühkindliche Förderung und die soziale Integration in den Städten und Stadtteilen stärken.

Bildung beginnt mit der frühkindlichen Bildung und setzt sich in der Primarstufe fort, deshalb kommt der Primarstufe eine besondere Bedeutung zu. Ein längeres gemeinsames Lernen ist ein wichtiger Schritt zum Abbau der sozialen Koppelung, denn gemeinsamer Unterricht fördert alle Schülerinnen und Schüler in gleichem oder höherem Maße als getrennter Unterricht. Dies gilt auch dann, wenn Kinder und Jugendliche mit besonderen Begabungen Unterstützung brauchen.

Um diese Ziele zu erreichen und den Kindern und Jugendlichen bessere Chancen zu ermöglichen, wollen wir früheres Lernen, besseren Unterricht und eine längere gemeinsame Schulzeit in integrativen Schulen.

An der Lehr- und Lernmittelfreiheit als verfassungsmäßigem Grundsatz werden wir weiter festhalten.

Unser Ziel ist es, dass kein Kind zurückgelassen wird, dass alle Jugendlichen gut auf einen Übergang in Ausbildung und spätere Berufstätigkeit vorbereitet werden und deutlich mehr höherwertige Abschlüsse machen. Insbesondere muss die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen, deutlich reduziert werden.

## **Koppelung zwischen sozialer Stellung und Bildungschancen abbauen**

Unser vorrangiges Ziel ist es, allen Kindern die gleichen Bildungschancen einzuräumen. Die Qualifikation unserer Kinder darf nicht abhängig sein von ihrer sozialen Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern. Schulen können dies nur Hand in Hand mit anderen Akteuren leisten. Wir werden Schülerrückgänge nutzen, um Klassengrößen und Förderintensität nach Sozialindikatoren zu staffeln und an vergleichbaren Großstädten zu orientieren. Wir werden dem besonderen individuellen Förderbedarf nachkommen, indem z.B. in ausgewählten benachteiligten Quartieren diejenigen Institutionen, die für Bildung, Betreuung, Erziehung und die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen verantwortlich sind, stadtteilbezogen kooperieren.

*Seite 71:*

Bildung ist die zentrale Zugangskategorie zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens, gerade auch für Kinder von Migrantinnen und Migranten. Individuelle Förderung muss verstärkt werden und bei denen, die sie benötigen, ankommen. Im Vordergrund müssen stehen: frühe Sprachstandtests und frühe Förderung, Vorkurse für Einwanderer und Einwanderinnen sowie Eingehen auf die sprachliche und kulturelle Vielfalt.

Unser Ziel ist es, durch intensive Förderung Lernentwicklungen zu unterstützen und Brüche in der Bildungsbiographie zu vermeiden. Hier greifen u.a. die folgenden Maßnahmen: Fortführung der erfolgreichen Sommer- und Ostercamps, intensiverer Praxisbezug und Verbesserung der Berufsorientierung in den Sekundarschulen und integrierten Stadtteilschulen mit dem Ziel, die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss zu reduzieren und den Jugendlichen eine erfolgreiche Ausbildung zu ermöglichen. Die positiven Erfahrungen der Camps, insbesondere die schülerbezogene Förderung, sollen über den gesamten Jahresverlauf in die Unterrichtsgestaltung einfließen. Wir werden das Gewicht der Schulsozialarbeit standortbezogen verstärken um Schulen in ihrer pädagogischen Arbeit zu unterstützen.

Um vorhandene Bildungsressourcen zielgerichteter zu nutzen und den Menschen bessere berufliche Perspektiven bieten zu können, werden wir das bremische System zur Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen im Rahmen der bundesweiten Regelungen überprüfen.

## **Eine Schule für alle entwickeln - Längeres gemeinsames Lernen fördern**

Kinder sollen so lange wie möglich gemeinsam unterrichtet werden.

Die Koalitionspartner werden zügig unter Einbeziehung der fachlich Betroffenen und mit externer Unterstützung Entwicklungsschritte in Richtung einer „Schule für alle“ in Bremen und Bremerhaven ausloten und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorstellen.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird bis Frühjahr 2008 einen Schulentwicklungsplan für die Stadtgemeinde Bremen mit Leitlinien und konkreten Umsetzungsschritten für die Schulentwicklung unter Einbeziehung aller Schulformen vorlegen.

Wir werden die Qualität im Bildungsbereich weiter verbessern und der sozialen Koppelung entgegen wirken. Deshalb werden wir folgende Schritte gehen:

- den Elementarbereich als erste Stufe des Bildungswegs begreifen;
- die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und Integration stärken;
- ein Qualitätsmanagement aufbauen;
- Schulen als eigenverantwortliche Organisationen aufstellen;
- das Bild der Schule, der Lehrerinnen und Lehrer in der Öffentlichkeit verbessern;
- die hohe Bedeutung der Grundschulen für den späteren Bildungserfolg anerkennen;

- verbindliche Kriterien für personelle und finanzielle Ausstattung festlegen.

Seite 72:

## **Schulisches Lernen erfolgreich beginnen**

Frühes Lernen ist ein Schlüssel zu späterem Bildungserfolg. In diesem Sinne müssen Elementar- und Primarbereich enger miteinander verzahnt werden. Die bestehenden Kooperationen von Grundschulen mit Kindertagesstätten werden verstetigt und verbindlich verankert.

Sprachförderung beginnt bereits bei 3-jährigen im Kindergarten und erleichtert den erfolgreichen Schulstart. Elementarbereich und Grundschule sollen stärker als bisher mit einander verzahnt werden. Dabei sollen Bildungspläne und Fördermaßnahmen der Kinder ineinander greifen. Der Übergang in die Grundschule soll flexibilisiert, Formen jahrgangsübergreifenden Lernens unterstützt werden. Kooperationen von Grundschulen mit Sekundarstufen I Schulen sind erwünscht.

Das jahrgangsübergreifende Lernen am Schulanfang wird ausgebaut. Im Rahmen eines pädagogischen Konzeptes kann an Grundschulen auf die Vergabe von Zensuren verzichtet werden. Verbindliche Elterngespräche und Lernentwicklungsberichte sind die pädagogische Alternative.

Es ist zu prüfen, in welchen Jahrgangsstufen Lernentwicklungsberichte auch in der Sekundarstufe I eingeführt werden sollen.

## **Schule im Stadtteil**

Wir werden einen Beitrag leisten, dem sozialen Auseinanderbrechen in und zwischen den Stadtteilen zu begegnen. Wir unterstützen die Schulen dabei, in den Regionen durch freiwillige Kooperationen kontinuierliches Lernen und Integration zu stärken. Unser Ziel ist eine gemeinsame Schule bis zur 10. Klasse für alle Kinder des Stadtteils.

Da die Eltern ein hohes Interesse an durchgängigen Bildungsgängen haben, werden wir dafür sorgen, dass für jede Schülerin und jeden Schüler ein verlässliches Angebot für den Übergang in die Gymnasiale Oberstufe vorhanden ist. Damit sollen Losverfahren überflüssig werden.

Die Kooperation von Grundschulen mit Stadtteilschulen bzw. Schulzentren und deren Verbindung mit gymnasialen Oberstufen schaffen darüber hinaus strukturelle Grundlagen dafür, dass die Kinder möglichst lange gemeinsam lernen können. Über derartige Verbünde hinaus sind alle Schulen aufgefordert, die Übergänge zwischen den Bildungsgängen für Schülerinnen und Schüler durch systematische Absprachen und pädagogische Kooperation zu erleichtern. Diese Entwicklung folgt den Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort.

Schulen kooperieren darüber hinaus grundsätzlich mit anderen Akteuren, die Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen tragen. Besonders zu nennen sind die Kooperationen von Grundschulen mit Kindertageseinrichtungen, den Horten, und dem Amt für soziale Dienste. Auch die Kooperationsmöglichkeiten mit der Musikschule und im Sportbereich werden wir verbessern.

Seite 73:

Wir werden Schulen in ihrem Integrations- und Förderauftrag gezielt unterstützen. Gesicherte Ressourcen für eine äußere Leistungs differenzierung werden bei Vorlage eines überzeugenden pädagogischen Konzeptes für Binnendifferenzierung umgewidmet.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden verstärkt in das gemeinsame Lernen von 1-10 einbezogen und Schulzentren der Sekundarstufe I werden bei einer Integration ihrer Bildungsgänge unterstützt. Dies gilt auch für die Klassen 9 und 10 der

Sekundarschule. In den kommenden beiden Jahren wird die externe Evaluation der allgemein bildenden Schulen Bremens abgeschlossen.

Auch Gymnasien werden ihre Schülerinnen und Schüler stärker als bisher individuell fördern und herausfordern. Grundsätzlich sollen die Schulen alle ihre Schülerinnen und Schüler zum Abschluss führen. Als erster Schritt dahin soll eine Rückschulung nur noch am Ende der 6. und der 8. Klasse möglich sein.

Ein Schulstandortkonzept legt die Planungen zur optimierten Gebäudenutzung vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen dar. Durch eine Zusammenlegung von Standorten soll die Qualität der Schulangebote (wie z.B. Kooperations- und Wahlmöglichkeiten) abgesichert werden. Hierbei ist der Ausbau von Ganztagschulen zu berücksichtigen.

## **Ganztagschulen ausbauen**

Schule kann ihre umfassenden pädagogischen und sozialen Herausforderungen am besten in Ganztagsform erfüllen. Die Ganztagschule ist nicht nur aus bildungspolitischer Perspektive das erfolgreichere Modell, sie trägt auch zur Integration und zum sozialen Ausgleich bei und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In den nächsten Jahren werden wir weitere gute Ganztagschulen mit Schwerpunkt bei den Grundschulen und vorrangig in sozial benachteiligten Stadtteilen schaffen, um Kinder früher zu fördern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Längerfristig soll es in jedem Stadtteil eine Ganztagsgrundschule und auch eine weiterführende SEK I-Ganztagschule geben.

Ab dem Schuljahr 2008 / 2009 werden wir jährlich drei weitere verbindliche Ganztagschulen in Bremen und eine in Bremerhaven einrichten, unter schrittweiser Einbeziehung der Förderzentren.

Voraussetzung für die Einrichtung einer Ganztagschule ist, dass es gelingt, entsprechende pädagogische Konzepte zu erarbeiten, verbindliche Standards festzulegen und abzusichern und vor allem eine entsprechende Akzeptanz vor Ort zu erreichen. Die Konzepte der vorhandenen Ganztagschulen sind entsprechend weiterzuentwickeln.

Wir werden die enge Verzahnung der Ganztagschulen und ihrer Angebote mit den unterschiedlichsten Akteuren im Quartier voranbringen. Die Qualität der bestehenden Ganztagschulen wird abgesichert. Auch die Ganztagschulen der Sek I werden wir sukzessive zu gebundenen Systemen ausbauen. Für einige Standorte soll die Möglichkeit einer Erweiterung des Betreuungsangebots durch einen pädagogischen Mittagstisch, eine Hausaufgabenbetreuung und eine Ferienbetreuung geprüft werden.

An Ganztagsgrundschulen in gebundener Form wird entsprechend dem beabsichtigten

*Seite 74:*

Vorgehen in Kindertagesstätten für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen stufenweise ein kostenloses Mittagessen angeboten.

## **Sekundarschulen konsequent weiterentwickeln**

Wir wollen die Sekundarschule integrativ weiterentwickeln mit dem Ziel die Durchlässigkeit zu steigern. Wichtiger Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit in der Sekundarschule ist die Arbeits- und Berufsvorbereitung und die frühzeitige Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den Übergang von der Schule in den Beruf. Dabei sollen die Kammern stärker als bisher mitwirken. In den Klassen 9 und 10 werden wir die Berufsorientierung in Form von Praxistagen verstetigen.

Der integrative Ansatz der Sekundarschule wird konsequent weiterentwickelt. Folgende Umsetzungsschritte werden wir gehen:

- Diese Schulform muss so gestaltet sein, dass zukünftig jede Schülerin und jeder Schüler auch weiterführende Abschlüsse erwerben kann.
- Die Sekundarschulen können die Aufhebung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung beantragen.
- Sekundarschulen können auf Wunsch auch in den Jahrgangsstufen 9 und 10 durchgängig ihre Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichten.

## **Gymnasiale Oberstufen**

Die Gymnasiale Oberstufe soll die Schülerinnen und Schüler auf das selbstständige und wissenschaftliche Arbeiten an den Hochschulen vorbereiten. Wir wollen die Spielräume der Regelungen der KMK zu mehr Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler nutzen und verstärkt jahrgangsübergreifende Kurse anbieten. Wir werden die Struktur der Oberstufen entsprechend den Schülerzahlen anpassen.

## **Qualität von Schule und Unterricht verbessern**

Wir werden ein verbindliches Qualitätsmanagement für die Beurteilung der Schulen und das Bildungsmonitoring im Land Bremen aufbauen. Dieses Qualitätsmanagement soll alle Elemente schulischen Lernens und Lebens beinhalten und sich an Kompetenzen orientieren. Ziel ist ein Monitoring- und Berichtssystem, mit dem eine transparente Berichterstattung gewährleistet und eine unabhängige Beurteilung ermöglicht wird.

Mit Bildungsstandards und Bildungsplänen sichern wir die Ergebnisqualität schulischen Lernens. Sie beschreiben, welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler erworben haben sollen und sind damit Grundlage für die Gestaltung des Unterrichts. Die noch fehlenden Bildungspläne werden fertig gestellt. Alle Bildungspläne – angefangen mit den bereits vorliegenden für die Primarstufe und die Sekundarstufe I - werden von den Schulen implementiert.

*Seite 75:*

Zu festgelegten Zeitpunkten werden Schülerleistungen überprüft, um die Vergleichbarkeit der Standards schulischer Arbeit sicherzustellen, wobei zu gewährleisten ist, dass die Gesamtschulen nicht benachteiligt werden. Zentrale Elemente sind: Vergleichsarbeiten in der Grundschule (VERA) in Klasse 3, zusätzliche Vergleichsarbeiten mit anderen Bundesländern Ende der 8. Klasse und zentrale Prüfungsanteile aller Abschlüsse. Gleichzeitig wird die Bedeutung der fächerübergreifenden Kompetenzen durch eine Projektprüfung als Teil der Abschlussprüfung in Klasse 10 und durch ein fünftes Prüfungselement im Abitur gestärkt. Die Teilnahme an Schulleistungsvergleichen wie PISA und IGLU bleibt zentraler Baustein der Qualitätssicherung des Bremer Schulsystems.

Schulprogramme und Arbeitsplanungen, Evaluationsberichte und In- / Outputdaten bilden die Grundlage für Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Schulen und Schulaufsicht. Die Bildungsbehörde ist ein Dienstleister für die Schulen. Die Bürokratiebelastung der Schulen wird auf das Notwendige reduziert. Wir wollen dafür überflüssige Verordnungen, Erlasse und Formulare außer Kraft setzen. Die Behörde und das Landesinstitut für Schule (LIS) werden künftig kontinuierlich die Qualität ihrer Arbeit überprüfen und weiterentwickeln. Analog zur externen Evaluation der Schulen werden die Behörde und das LIS extern evaluiert.

Wir werden alle Maßnahmen künftig systematisch auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Die schulische und soziale Integration von Behinderten bleibt Ziel bremischer Bildungspolitik. Daher wird die gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern abgesichert. Zur Ausgestaltung dieser

sonderpädagogischen Förderung soll eine externe Bewertung Empfehlungen für deren Weiterentwicklung erarbeiten.

Wir werden den Übergang der Jugendlichen in Ausbildung und Beruf dadurch verbessern, dass

- die Berufsfähigkeit durch verpflichtende Praxisphasen in den Klassen 9 und 10 gestärkt wird;
- die Angebote in der Berufsschule qualitativ ergänzt oder ausgebaut werden (z.B. weitere Fachrichtungen in der Berufsfachschule und Ausbau der Berufsoberschule);
- ein Ausbau von Ausbildungsverbänden und Ausbildungspartnerschaften erfolgt und
- die ausbildungsbegleitenden Förderangebote verstärkt werden.

Ein Bildungsbericht wird dem Parlament und der Öffentlichkeit Aufschluss über die Leistungen und Herausforderungen des bremischen Bildungssystems geben. Wir werden mit einem Schulinformationssystem für jede Schule qualitative und quantitative Informationen zur Verfügung stellen. Wir werden alle Ebenen des Bildungssystems bei der Rechenschaftslegung einbeziehen und dabei auch die besonderen Belange der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf beachten.

*Seite 76:*

## **Eigenverantwortung der Schulen stärken**

Um eine Qualitätsverbesserung des Schulsystems durch Unterrichts- und Schulentwicklung zu erreichen, braucht die Einzelschule ein höheres Maß an Gestaltungsmöglichkeit und Eigenverantwortung.

Die Schulen sollen eine größere Eigenständigkeit und Eigenverantwortung übertragen bekommen, die diese den jeweiligen Voraussetzungen entsprechend ausgestalten können. Dies wird verbunden mit der Verpflichtung, dies für die Allgemeinheit transparent zu machen und Rechenschaft abzulegen. Der Senator für Bildung initiiert ab dem Schuljahr 2007 / 2008 ein Pilotprojekt „Eigenverantwortliche Schule“ mit 6-8 allgemein bildenden Schulen der Stadtgemeinde Bremen. Dies ermöglicht den Schulen in den Bereichen Pädagogik, Organisation, Personalverantwortung und Budgetierung neue Gestaltungsspielräume. Anschließend erfolgt ein Transfer der Ergebnisse.

Für berufliche Schulen ist eine erweiterte Handlungsfähigkeit im Rahmen des ReBiZ Projektes bereits Praxis. Sie wird weiter ausgebaut.

Die Leitungsstruktur ist parallel zur Aufgabenübertragung anzupassen. Die komplexeren Verwaltungstätigkeiten der eigenverantwortlichen Schulen sollen vermehrt durch Verwaltungskräfte geleistet (z.T. im Schulverbund) und durch entsprechende Software erleichtert werden.

## **Personalentwicklung vorantreiben**

Der Personalentwicklung kommt im Rahmen der systematischen Qualitätsentwicklung und Innovationsentwicklung der nächsten Jahre die Aufgabe zu, durch gezielte Maßnahmen das Schulpersonal zu einer aktiven Mitwirkung in diesem Prozess zu ermutigen und herauszufordern.

Wir werden Lehrkräfte und Schulleitungen durch ein integriertes Personalentwicklungskonzept dabei unterstützen, die neuen Anforderungen und Herausforderungen zu bewältigen.

Die Altersteilzeit für Lehrkräfte wird, soweit dies kostenneutral realisiert werden kann, wieder angewendet.

Wir werden die Reform der Lehrerbildung fortführen und begleitend evaluieren: Schulische Anforderungen und Praxiserfahrungen prägen das Lehramtsstudium, der Vorbereitungsdienst wird zum 1.5.2008 auf 18 Monate verkürzt, die Lehramtsprüfungen werden mit dem Ziel einer besseren Qualifizierung weiterentwickelt.

Eine kontinuierliche individuelle wie schulbezogene Stärkung der pädagogischen Wirksamkeit der Lehrkräfte wird durch folgende Bausteine befördert: das Qualifizierungskonzept der Berufseingangsphase, die jährliche Fortbildungsverpflichtung aller Lehrkräfte verknüpft mit der systemischen Fortbildungsplanung im Schulprogramm. Ein strategisches Entwicklungskonzept für Führungskräfte an Schulen wird Wege einer systematischen Nachwuchsförderung beinhalten.

### **Sanierungsmaßnahmen fortführen**

Die Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Schulen werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel weitergeführt; dabei haben Maßnahmen, die der Beseitigung von Gesundheitsgefahren dienen und der Ersatz altersabgängiger Mobilbauten hohe Priorität. Es soll geprüft werden, welchen Beitrag PPP-Modelle leisten können, um den Sanierungsstau zügig abbauen zu können.

### **Medien**

Wir werden die pädagogisch sinnvolle Nutzung der Informationstechnik im schulischen Wissensvermittlungsprozess systematisch ausbauen. Hierzu werden wir die entsprechenden technologischen, organisatorischen und inhaltlichen Grundlagen schaffen.